S 8 RA 21/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren sozialgerichtliches Verfahren

Verfahrensfehler rechtliches Gehör

mündliche Verhandlung neuer Gesichtspunkt

Nachlass eines Schriftsatzes

Einholung der Information von Dritten

Äußerungsfrist

1. Wird in der mündlichen Verhandlung ein neuer Gesichtspunkt erörtert und gibt ein Beteiligter durch die Antragstellung

(hier: Hilfsantrag auf Nachlass eines Schriftsatzes) deutlich zu erkennen dass

er dazu Informationen von Dritten einholen möchte ist sein Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt wenn das Gericht im Anschluss an die mündliche

Verhandlung das Urteil verkündet.

2. Werden vor oder in der mündlichen Verhandlung erstmals Tatsachen Erfahrungssätze oder rechtliche

Gesichtspunkte eingeführt die möglicherweise für die Sachentscheidung erheblich sind ist dem Beteiligten auf

Antrag eine angemessene Frist zur Stellungnahme einzuräumen falls nicht offensichtlich ist dass er den Antrag missbräuchlich stellt. Im Regelfall ist eine

Frist von zwei Wochen ab Zugang der Mitteilung unter Ausschluss von

Postlaufzeiten einzuräumen.

SGG § 62 Halbs 1

SGG § 128 Abs 2

GG Art 103 Abs 1 SGG § 107 SGG § 108

Leitsätze

Normenkette

SGG § 112 Abs 2 SGG § 124 Abs 2

SGG § 129

SGG § 132 Abs 1 S 3 ZPO § 227 Abs 1 S 1

SGG § 202

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 RA 21/00 Datum 18.12.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 RA 8/01 Datum 18.12.2000

3. Instanz

Datum 23.10.2003

Auf die Beschwerde des Klägers wird das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 31. Oktober 2002 aufgehoben, soweit es die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Bremen vom 18. Dezember 2000 zurýckgewiesen hat. Die Sache wird insoweit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurýckverwiesen.

GrÃ1/4nde:

Ī

Der 1960 geborene KlĤger, der den Beruf des Drehers erlernt und bis 1991 ausgeļbt hat, begehrt in der Hauptsache die Zuerkennung eines Rechts auf Rente wegen BerufsunfĤhigkeit (BU). Antrag, Widerspruch und Klage sind ohne Erfolg geblieben. Im Berufungsverfahren hat das Landessozialgericht (LSG) am 16. Oktober 2002 eine ergĤnzende Auskunft des Arbeitgebers des KlĤgers (R. B.) eingeholt, die am 22. Oktober 2002 bei Gericht einging. Durchschriften der Anfrage und der Auskunft wurden den Beteiligten am 24. Oktober 2002 zur Kenntnis zugeleitet. In der mļndlichen Verhandlung am 31. Oktober 2002 hat der KlĤger beantragt, ihm ab 1. Dezember 1998 Rente wegen BU zu zahlen, hilfsweise einen Schriftsatz zur Stellungnahme auf die berufskundliche Auskunft des Arbeitgebers vom 22. Oktober 2002, die erst vor drei Tagen bei ihm eingegangen sei, nachzulassen, weiter hilfsweise, ein berufskundliches Gutachten von den Tarifvertragsparteien zu der Behauptung einzuholen, dass die von ihm ausgeļbte TĤtigkeit in der Tarifgruppe 3 des Haustarifvertrages des Arbeitgebers keine TĤtigkeit sei, die der Anlernebene zuzurechnen sei.

Mit Urteil vom 31. Oktober 2002 hat das LSG die Beklagte verurteilt, dem Kläger für die Zeit vom 1. Dezember 1998 bis 31. Januar 2001 Rente wegen BU zu

zahlen. Im ̸brigen hat es die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts (SG) vom 18. Dezember 2000 zurļckgewiesen und ausgefļhrt: Der KlĤger kĶnne den bisherigen Beruf des Drehers aus gesundheitlichen GrÃ1/4nden nicht mehr ausüben. Er könne auch nicht auf seine bis Ende Januar 2001 ausgeübte TÃxtigkeit als (einfacher) Empfangsangestellter verwiesen werden, weil es sich dabei nach ihrem qualitativen Wert um eine ungelernte TÄxtigkeit gehandelt habe. Er müsse sich jedoch auf die seit dem 1. Februar 2001 ausgeübte Tätigkeit als 1. Empfangsangestellter verweisen lassen. Es sei nunmehr eine tarifliche Einstufung hinzugetreten, die den KlĤger tariflich anderen angelernten Arbeitnehmern gleichstelle. Die TÄxtigkeit stelle sich als eine gehobene PfĶrtnertÄxtigkeit dar. Diese TÄxtigkeit sei dem KlÄxger auch gesundheitlich zumutbar. Den HilfsantrĤgen sei nicht zu folgen gewesen; der anwaltlich vertretene KlĤger habe vor der mündlichen Verhandlung Gelegenheit gehabt, sich mit dem Inhalt der kurzen Arbeitgeberauskunft vom 22. Oktober 2002 vertraut zu machen und darauf während der mündlichen Verhandlung einzugehen. Für die Einordnung des ausgeübten Berufs in das von der Rechtsprechung entwickelte Mehrstufenschema bedürfe es im Ã∏brigen keines berufskundlichen Gutachtens.

Mit seiner Beschwerde wendet sich der KlĤger gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des LSG. Er macht geltend, das LSG habe seinen Anspruch auf rechtliches Gehä¶r verletzt. Er habe nicht die Mä¶glichkeit gehabt, zu der Frage Stellung zu nehmen, welche Gründe für die Umgruppierung zum 1. Februar 2001 maà geblich gewesen seien. Diese lieà en sich nicht aus der Auskunft des Arbeitgebers vom 22. Oktober 2002 entnehmen. Der Grundsatz eines fairen Verfahrens hÄxtte es geboten, ihm die MĶglichkeit einer schriftsÄxtzlichen Stellungnahme nach Rücksprache mit der Personalabteilung seines Arbeitgebers einzurĤumen. Das LSG hĤtte seinem hilfsweise gestellten Antrag, einen Schriftsatz nachzulassen, entsprechen und erforderlichenfalls die mündliche Verhandlung vertagen müssen. Er habe bei dem Verfahrensablauf keine Möglichkeit gehabt, die Verletzung des rechtlichen Gehörs bereits vor dem LSG geltend zu machen. Die nicht einfach zu beurteilende Frage, ob qualitÄxtsfremde Gründe für die Höhergruppierung ursächlich gewesen seien, habe nicht kurzfristig mit dem Arbeitgeber erĶrtert und geklĤrt werden kĶnnen. Das angefochtene Urteil beruhe auch auf der Verletzung des rechtlichen GehĶrs. Es sei nicht auszuschlie̸en, dass das LSG anders entschieden hätte, wenn er Folgendes hÃxtte vortragen können: Die tarifliche Einstufung erlaube dann keinen Schluss auf die QualitÄxt der BeschÄxftigung, wenn dafļr hauptsÄxchlich der Ablauf einer BewĤhrungszeit und die BetriebszugehĶrigkeit entscheidend gewesen sei. In einem solchen Fall komme der tariflichen Einstufung keine Indizwirkung für die QualitÃxt der ausgeübten TÃxtigkeit zu. Dies sei hier der Fall. Die bisherige Tätigkeit des Klägers sei nur quantitativ angereichert worden. Zudem seien für die Umgruppierung auch Zeiten der BetriebszugehĶrigkeit und die bisherige berufliche Bewährung maà geblich gewesen. Auà erdem sei die Höhe des Gehalts identisch. Beim KlĤger lĤgen die Voraussetzungen fļr eine gehobene PfĶrtnertĤtigkeit mit dem vom Bundessozialgericht (BSG) entwickelten beruflichen Anforderungsprofil nicht vor.

Der KlĤger rügt ferner eine Verletzung der Amtsermittlungspflicht. Das LSG sei

seinem in der mþndlichen Verhandlung gestellten und protokollierten Beweisantrag, ein berufskundliches Gutachten der Tarifvertragsparteien einzuholen, ohne hinreichende Gründe nicht gefolgt. Die vom LSG gegebene Begründung, fþr die Einordnung in das vom BSG entwickelte Mehrstufenschema bedürfe es keines berufskundlichen Gutachtens, sei nicht stichhaltig. Aus der eingeholten Auskunft des Arbeitgebers hätten sich nicht alle Tatsachen ergeben, die in materieller Hinsicht entscheidungserheblich gewesen seien. Dies hätte durch eine ergänzende Auskunft des Arbeitgebers oder ein berufskundliches Gutachten der Tarifvertragsparteien geklärt werden müssen, zu deren Einholung sich das LSG auch hätte gedrängt fühlen müssen. Denn die vom Kläger ausgeübte Tätigkeit des 1. Empfangsangestellten gehöre zur Gruppe der ungelernten Tätigkeiten.

Ш

Die Beschwerde ist zulÄxssig und begrļndet.

Der vom Klåger gerådet Verfahrensmangel einer unzureichenden Gewåghrung rechtlichen Gehåfrs (å§å§ 62, 128 Abs 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG); Art 103 Abs 1 Grundgesetz (GG)) liegt vor. Es kann deshalb dahin gestellt bleiben, ob das LSG seine Amtsermittlungspflicht (å§ 103 SGG) dadurch verletzt hat, dass es die vom Klåger beantragte Beweisaufnahme nicht durchgefådehrt hat (å§ 160 Abs 2 Nr 3 Halbsatz 2 SGG).

Der Kl \tilde{A} α ger hat zul \tilde{A} α ssig (\hat{A} α \$ 160a Abs 2 Satz 3 SGG) und begr \tilde{A} α 4ndet ger \tilde{A} α 4gt, dass das LSG seinen Anspruch auf rechtliches Geh \tilde{A} α 8 r dadurch verletzt hat, dass es verfahrensfehlerhaft (\hat{A} α \$ 160 Abs 2 Nr 3 SGG) unterlassen hat, ihm, wie hilfsweise beantragt, einen Schriftsatz nachzulassen, damit er Gelegenheit erh \tilde{A} α 1t, nach R \tilde{A} α 4cksprache mit der Personalabteilung seines Arbeitgebers zur Umgruppierung zum 1. Februar 2001 Stellung zu nehmen.

GemäÃ∏ <u>§ 62 Halbsatz 1 SGG</u>, der einfachrechtlich das durch <u>Art 103 Abs 1 GG</u> garantierte prozessuale Grundrecht wiederholt, ist den Beteiligten vor jeder Entscheidung des Gerichts rechtliches GehĶr zu gewĤhren; dies gilt insbesondere für eine die Instanz abschlieÃ∏ende Entscheidung wie das am 31. Oktober 2002 nach mündlicher Verhandlung verkündete Urteil. DemgemäÃ∏ darf ein Urteil nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, zu denen sich die Beteiligten äuÃ∏ern konnten (<u>§ 128 Abs 2 SGG</u>). Das Gebot der Gewährung rechtlichen GehĶrs im Gerichtsverfahren hat ua zum Inhalt, dass die Beteiligten ausreichend Gelegenheit zur Abgabe sachgemĤÄ∏er ErklĤrungen haben mýssen und ihnen dazu eine angemessene Zeit eingeräumt wird (vgl BSG SozR 3-1500 § 62 Nr 5 S 8; BSG SozR 3-1500 § 128 Nr 14 S 28; BSG Urteil vom 12. April 2000 â∏∏ <u>B 9 VH 1/99 R</u>, HVBG-INFO 2000, 2227; BSG Urteil vom 11. Dezember 2002 $\hat{a} \square \square B 6 KA 8/02 R$, SGb 2003, 152). Dies gilt auch f $\tilde{A} \frac{1}{4}$ r den Verfahrensabschnitt der mündlichen Verhandlung, in der das Sach- und StreitverhAxItnis mit den Beteiligten zu erA¶rtern ist (A§ 112 Abs 2 SGG). In der mýndlichen Verhandlung, dem "Kernstück" des gerichtlichen Verfahrens (BSGE 44, 292 = SozR 1500 § 124 Nr 2; BSG SozR 3-1500 § 160 Nr 33 S 57), haben die

Beteiligten Gelegenheit, sich zum gesamten Streitstoff zu ĤuÄ∏ern, sei es erstmalig oder ergĤnzend zu vorangegangenen SchriftsĤtzen. Nimmt der Rechtsstreit in der mýndlichen Verhandlung eine unerwartete Wendung, etwa dadurch, dass bisher nicht erĶrterte (evtl entscheidungserhebliche) Gesichtspunkte auftauchen oder das Gericht den Beteiligten mit einer geĤnderten Rechtsauffassung gegenübertritt (vgl zB BSG SozR 3-2200 § 548 Nr 20 S 58; BSG Urteil vom 12. April 2000 â ☐ B 9 VH 1/99 R, HVBG-INFO 2000, 2227), so muss vom Gericht, um Ã\|berraschungsentscheidungen zu verhindern, sichergestellt werden, dass sich die Beteiligten sachgemäÃ∏ zum Prozessstoff äuÃ∏ern können. Dazu ist ihnen angemessene Zeit einzurĤumen und die MĶglichkeit zu geben, Rat einzuholen (vgl BSG SozR 3-1500 § 62 Nr 5 S 8). Denn die Beteiligten haben Anspruch auf wirkungsvollen Rechtsschutz und auf ein faires Verfahren (Art 19 Abs 4 und Art 2 Abs 1 iVm Art 20 Abs 3 GG; dazu: BVerfGE 78, 123, 126; 88, 118, 123 ff; BSG SozR 3-1500 § 158 Nr 2 S 9; BSG Urteil vom 12. April 2000 â∏∏ B 9 VH 1/99 R, HVBG-INFO 2000, 2227; Urteil des Senats vom 30. Oktober 2001 â∏ B 4 RA 49/01 R , unverĶffentlicht). Diese Rechte dürfen nicht dadurch verletzt werden, dass die Gestaltung des Verfahrens in nicht angemessenem Verhäultnis zu den auf SachaufklĤrung und Verwirklichung des materiellen Rechts gerichteten Verfahrenszielen steht und insbesondere eine Rücksichtnahme auf Verfahrensbeteiligte in der konkreten Situation vermissen l\(\tilde{A}\)\xxxxxst. In solchen F\(\tilde{A}\)\xillen hat das Gebot der GewĤhrung rechtlichen GehĶrs Vorrang vor der in § 106 Abs 2 SGG verankerten Beschleunigungspflicht, den Rechtsstreit mĶglichst in einer mündlichen Verhandlung zu erledigen (so BSG SozR Nr 13 zu § 106 SGG; BSG SozR 3-1500 § 62 Nr 5 S 9; BSG SozR 3-1500 § 128 Nr 14 S 28; BSG Urteil vom 11. Dezember 2002 â∏∏ <u>B 6 KA 8/02 R</u>, <u>SGb 2003, 152</u>). Gibt ein Beteiligter zu erkennen, dass er au̸er Stande ist, sich in der mündlichen Verhandlung ohne weiteren Rat sachgemäÃ∏ zu erstmals eingeführten Tatsachen, ErfahrungssÄxtzen oder rechtlichen Gesichtspunkten, die mĶglicherweise für die Sachentscheidung erheblich sind, zu äuÃ∏ern, so ist ihm auf Antrag eine angemessene Frist zur Stellungnahme einzurÄxumen, falls nicht offensichtlich ist, dass er den Antrag missbrĤuchlich stellt. Welche Frist angemessen ist, richtet sich grundsÃxtzlich nach den UmstÃxnden des Einzelfalls. HÃxlt ein Beteiligter es für erforderlich, Rat oder Informationen von Dritten einzuholen, und ist dies nicht offensichtlich unbegründet, ist ihm im Regelfall â∏ wie bei einer im Rahmen der Anhörung nach § 24 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) gesetzten Frist (dazu: BSG SozR 1300 § 24 Nr 4 S 7 f; BSG SozR 3-1300 § 24 Nr 7 S 21 ff; BSG Urteil vom 5. Oktober 1995 â∏ 2 RU 11/94, HVBG-INFO 1996, 13; zur Frist im Rahmen der Anhörung nach <u>§ 153 Abs 4 SGG</u>: Urteil vom 18. November 1997 â∏∏ 2 RU 16/97, USK 97100; BSG Beschluss vom 22. Juni 1998 â∏ B 12 KR 85/97 B; BSG Urteil vom 7. November 2000 â∏ B 2 U 14/00 R, USK 2000-76) â∏ eine Frist von zwei Wochen ab Zugang der Mitteilung unter Ausschluss der Postlaufzeiten einzurĤumen. Den Beteiligten muss genļgend Zeit bleiben, (1) sich mit dem evtl entscheidungserheblichen neuen Gesichtspunkt vertraut zu machen und vorbereitende ̸berlegungen anzustellen, (2) medizinischen oder rechtlichen Rat oder von Dritten benĶtigte Informationen einzuholen und (3) eine sachgemĤÃ∏e Ã□uÃ□erung abzufassen. Hierauf ist gerade auch bei der Vorbereitung einer mýndlichen Verhandlung zu achten, so dass Beweisergebnisse (§ 170 SGG) und ggf neues Vorbringen enthaltende SchriftsÃxtze (§ 108 SGG) entsprechend

rechtzeitig vor der Verhandlung mitzuteilen sind.

Im vorliegenden Fall hatte der KlĤger nicht ausreichend Zeit, sich mit dem vom LSG erstmals in der mündlichen Verhandlung erörterten entscheidungserheblichen Gesichtspunkt der Verweisung auf den Beruf des 1. Empfangsangestellten vertraut zu machen, ergĤnzende Informationen vom Arbeitgeber zum qualitativen Wert des Berufs einzuholen und dazu eine sachgemäÃ∏e Ã∏uÃ∏erung abzugeben. Dass der Gesichtspunkt der ab 1. Februar 2001 ausgeübten Beschäftigung als 1. Empfangsangestellter, die â∏ anders als die bis dahin ausgeübte Beschäftigung â∏ in die Tarifgruppe 3 des Haustarifvertrages des Arbeitgebers eingestuft war, entscheidungserheblich werden könnte, ist vom LSG erstmals in der Anfrage an den Arbeitgeber vom 16. Oktober 2002 angedeutet worden. Darin wird als Inhalt eines Telefonats mit einer Mitarbeiterin des Arbeitgebers festgehalten, dass der KlÄzger "ab 1. Februar 2001 als 1. Empfangsangestellter beschĤftigt ist". Der Fragenkatalog dieser Anfrage und die Auskunft des Arbeitgebers vom 22. Oktober 2002 enthalten keine weiteren Ausführungen zu dieser Beschäftigung, insbesondere nicht zu deren qualitativem Wert. Durchschriften der gerichtlichen Anfrage und der Arbeitgeberauskunft hat der KlĤger nach seinen Angaben erst am 28. Oktober 2002, drei Tage vor der mündlichen Verhandlung vom 31. Oktober 2002, erhalten. Der Niederschrift des Gerichts ýber die mündliche Verhandlung ist zwar nicht zu entnehmen, welche tatsÄxchlichen und rechtlichen Gesichtspunkte erĶrtert wurden. Aus den hilfsweise gestellten AntrĤgen des KlĤgers auf Nachlass eines Schriftsatzes und auf weitere SachaufklĤrung lĤsst sich jedoch folgern, dass in der mündlichen Verhandlung vor allem erörtert wurde, ob der Kläger auf die von ihm ab 1. Februar 2001 ausgeübte BeschÃxftigung als 1. Empfangsangestellter verweisbar sei. Zu diesem Ergebnis ist das LSG dann in der Beratung und im anschlie̸end verkündeten und begründeten Urteil gelangt, wobei es davon ausging, dass es sich â∏ anders als bei der bis Ende Januar 2001 ausgeübten Beschäftigung â∏ auf Grund der tarifvertraglichen Einstufung nach ihrem qualitativen Wert um eine angelernte TÄxtigkeit handele.

Bei dieser Gestaltung des Verfahrens hatte der KlĤger vor und in der mündlichen Verhandlung keine Gelegenheit, sich sachgemĤÃ∏ zum qualitativen Wert der von ihm seit 1. Februar 2001 innegehabten TÄxtigkeit als 1. Empfangsangestellter nach Tarifgruppe 3 des Haustarifvertrags des Arbeitgebers zu äuÃ∏ern (vgl zur Bedeutung der tariflichen Einstufung für den qualitativen Wert des Berufs: Urteil des Senats vom 25. Januar 1994 â∏∏ <u>4 RA 35/93</u>, <u>SozR 3-2200 § 1246 Nr 41</u> S 170 f). Mit den in der mýndlichen Verhandlung gestellten Hilfsanträgen hat der KIäger deutlich zu erkennen gegeben, dass er für den Fall, dass das LSG die Zurückweisung seiner Berufung in Erwägung zieht, nochmals Gelegenheit zur ̸uÃ∏erung haben will bzw eine weitere Sachaufklärung zu seiner ab 1. Februar 2001 innegehabten TÃxtigkeit als 1. Empfangsangestellter für erforderlich hÃxlt. Das Gericht hÄxtte deshalb dem KlÄxger den beantragten Schriftsatz nachlassen und ihm damit Gelegenheit zu einer weiteren ̸uÃ∏erung binnen einer angemessenen Frist von 14 Tagen (ohne Anrechnung der Postlaufzeiten) geben mýssen. Für den weiteren Verfahrensablauf hÃxtte das LSG verschiedene prozessuale Möglichkeiten gehabt: Es hätte etwa einen gesonderten Termin zur

Verkündung einer Entscheidung anberaumen können (§ 132 Abs 1 Satz 3 SGG) mit vorhergehender Beratung ua über den nachgelassenen Schriftsatz des KlĤgers mit denselben Berufs- und ehrenamtlichen Richtern, die an der mýndlichen Verhandlung teilgenommen haben (§ 129 SGG). Es hÃxtte aber auch die mÃ¹/₄ndliche Verhandlung vertagen können (<u>§ 227 Abs 1 Satz 1</u> Zivilprozessordnung (ZPO) iVm <u>§ 202 SGG</u>; zur Vertagung der mündlichen Verhandlung: BSG SozR 3-1500 § 62 Nr 5 S 8 f; BSG SozR 3-1500 § 128 Nr 14 S 28 f; BSG Urteil vom 12. April 2000 â∏ B 9 VH 1/99 R, HVBG-INFO 2000, 2227; BSG Urteil vom 11. Dezember 2002 â∏ B 6 KA 8/02 R, SGb 2003, 152; zur Verlegung eines Termins: BSG SozR 3-1500 § 160 Nr 33 S 57 ff; BSG Urteil vom 30. Oktober 2001 â∏ B 4 RA 49/01 R, unveröffentlicht). Ferner hÃxtte es den Termin aufheben und die Beteiligten fragen kA¶nnen, ob sie mit einer Entscheidung ohne (weitere) mÃ1/4ndliche Verhandlung (§ 124 Abs 2 SGG) nach Ablauf angemessener Schriftsatzfristen einverstanden seien. Da das LSG von diesen Gestaltungsmå¶glichkeiten keinen Gebrauch gemacht hat, hat es den Anspruch des KIägers auf rechtliches Gehör verletzt.

Auf dieser Verletzung des Anspruchs des Klägers auf rechtliches Gehör kann das mit der Beschwerde angefochtene Urteil des LSG auch beruhen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die vom LSG genannte Tätigkeit des 1. Empfangsangestellten (gehobener Pförtner) nicht als zumutbarer Verweisungsberuf angesehen werden kann, etwa wenn die Einwendung des Klägers durchgreift, dass die tarifvertragliche Einstufung ab 1. Februar 2001 im vorliegenden Fall keinen Schluss auf den qualitativen Wert des Verweisungsberufs erlaubt (vgl dazu Urteil des Senats vom 25. Januar 1994 â∏☐ 4 RA 35/93, SozR 3-2200 § 1246 Nr 41 S 170 f).

Nach \hat{A} § 160a Abs 5 SGG in der seit dem 2. Januar 2002 geltenden Fassung des Sechsten SGG- \hat{A} nderungsgesetzes vom 17. August 2001 (BGBI I 2144) kann das BSG in dem Beschluss \hat{A} ½ber die Nichtzulassungsbeschwerde das angefochtene Urteil aufheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das LSG zur \hat{A} ½ckverweisen, wenn \hat{a} wie hier \hat{a} die Voraussetzungen des \hat{A} § 160 Abs 2 Nr 3 SGG vorliegen. Der Senat macht von dieser M \hat{A} ¶glichkeit Gebrauch, hebt das Urteil auf, soweit es die Berufung des Kl \hat{A} ¤gers gegen das Urteil des SG vom 18. Dezember 2000 zur \hat{A} ½ckgewiesen hat, und verweist insoweit die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das LSG zur \hat{A} ½ck.

Bei der weiteren Sachbehandlung wird das LSG die stĤndige Rechtsprechung des Senats zur Prüfung des Versicherungsfalls der BU zu beachten haben (vgl zuletzt BSGE 78, 207 = SozR 3-2600 ŧ 43 Nr 13; BSG SozR 3-2600 ŧ 43 Nr 14). Für die Frage, ob der Kläger ab 1. Februar 2001 auf den von ihm vollschichtig ausgeübten Beruf des 1. Empfangsangestellten verwiesen werden kann, ist vor allem entscheidend, ob dieser qualitativ gleichwertig mit seinem bisher ausgeübten Beruf des Drehers ist. Der Versicherte darf allenfalls auf die jeweils niedrigere Gruppe des Mehrstufenschemas verwiesen werden.

Das LSG wird bei seiner Entscheidung auch $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber die Kosten des Beschwerdeverfahrens mit zu befinden haben.

Erstellt am: 06.02.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024